



## Haushalt Minden 2024: Einstieg in den Abbruch

Liest man die Erläuterungen zum Haushaltsentwurf der Stadt Minden für 2024, gehen einem einige Gedanken durch den Kopf.

Während der Corona-Zeit wurden auf Anweisung des Landes NRW die dadurch anfallenden Defizite durch Mehrbelastungen und Einnahmeausfälle versteckt. Sie tauchten in den Haushalten einfach nicht auf. Nun schlagen sie mit 25 Millionen Euro als Defizit zu Buche. Also ein nur aufgeschobenes Problem. Sollte damit verhindert werden, dass wir merken, dass die Kommunen unbedingt Unterstützung brauchen statt einige Großkonzerne zu füttern?

Gleichzeitig gingen die Einnahmen durch die Gewerbesteuer um fast 16 Millionen deutlich zurück. Es herrscht bei uns Rezession. Laut dem Kämmerer befindet sich nicht nur die Stadt Minden „vor den größten finanziellen Herausforderungen ihrer Nachkriegsgeschichte“. Das ist nicht übertrieben. Von Bund und Land

sei keine Hilfe zu erwarten.

Und was ist die Konsequenz? Eine sogenannte Haushaltskonsolidierung. Sie wird als „freiwillig“ bezeichnet, ist aber erzwungen, da sonst der Staatskommissar zu kommen droht. Die vielgepriesene kommunale Selbstverwaltung erweist sich als „Freiheit“, die öffentlichen Leistungen für die Bürger einzudampfen und ihr Leben weiter zu verteuern.

140 Maßnahmen musste sich die Verwaltung ausdenken. Mit dem Rasenmäher wurden alle Ausgaben gekürzt. Die Ganztagsbetreuung soll verteuert werden. Die Grundsteuer wird in mehreren Schritten erhöht und damit das Wohnen verteuert. Das kommt dann zu den steigenden Mieten und Energiekosten obendrauf. Das Menschenrecht auf Wohnen wird für immer mehr unerschwinglich.

Ist das schon die Lösung? Nein, diese Politik müsse „zukünftig weiter intensiviert werden“. Vor allem, wenn es mit der Wirtschaft nicht wie erhofft bergauf

geht. (Wer die jüngsten Prognosen von Weltbank und IWF zur Kenntnis nimmt, muss von einer längerfristigen Rezession ausgehen.)

Erklärungen für das Problem gibt es auch: Die massiv gestiegenen Preise für Nahrung und Energie und der dadurch verursachte Kaufkraftverlust, die „wirtschaftliche Entwicklung“ und die „geopolitischen Krisen“.

Fehlt da nicht was? Haben nicht jene Parteien, die uns hier vor Ort diese Politik nun als unumgänglich verkünden, nicht in Berlin diese Krisen verursacht? Mit dem Wirtschaftskrieg gegen Russland, der nach hinten losging und uns Inflation und wirtschaftliche Probleme bereitet? Die in Berlin ein extremes Aufrüstungsprogramm durchsetzen, das auch den Kommunen die Luft abschnürt? Und die verkünden, das alles sei nur der Anfang?

Uns drohen böse Zeiten, wenn diese Politik nicht gestoppt wird!



Foto: eigenes Foto

Foto: Ostermarsch in Bielefeld. Ostermärsche gab es in über 120 Städten. Abrüstung, Verhandlungen statt Waffen, Waffenstillstand und ein Ende des Gazakrieges etc. wurden gefordert.

## Friedensfähig statt kriegstüchtig!

Deutschland soll „kriegstüchtig“ werden. Der Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes will Bunker reaktivieren, die Bildungsministerin fordert, Schulen und sogar Kindertagesstätten in den aktiven „Zivilschutz“ einzubeziehen, das heißt auf den Krieg vorzubereiten. Die Hochschulen sollen statt auf Frieden und zivile Forschung auf Rüstungsforschung verpflichtet werden.

Ältere Menschen erinnern sich dabei an die 50er Jahre, als empfohlen wurde, sich mit einer Aktentasche über dem Kopf gegen die Auswirkungen einer Atombombe zu schützen. Albern und völlig unwirksam, aber ein Teil der damaligen Kriegshysterie.

Ein Atomkrieg ist nicht überlebar, weltweit nicht, nicht einmal ein „begrenzter“. Es gibt heutzutage keine Alternative zum Frieden.

**UZ KOSTENLOS TESTEN!**  
unsere zeit - Sozialistische Wochenzeitung - Zeitung der DKP

**Die UZ online:**  
[www.unsere-zeit.de](http://www.unsere-zeit.de)

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 1

## Rotstift hier ...

Die Behauptung, dass Aufrüstung und Kriegstüchtigkeit ohne Sozialabbau und Abbau der öffentlichen Daseinsvorsorge möglich seien, entlarvt sich von Tag zu Tag mehr. Krankenhäuser, Kitas, Sozialleistungen: Überall wird der Rotstift angesetzt.

Der Bundeshaushalt 2024 ist bereits ein Haushalt der sozialen Grausamkeiten. Allein beim Gesundheitsetat wurde ein Drittel gekürzt – ohne Rücksicht auf die desolante finanzielle Lage der meisten Krankenhäuser.

Für Lindner (FDP) war das nur der Beginn. Er will alle Sozialausgaben gleich für drei Jahre einfrieren, Merz will das Bürgergeld streichen – der Reigen asozialer Ideen kennt keine Grenzen.

## ... Rekorde da

Die Ausgaben für Rüstung erreichen in diesem Jahr mit 89 Milliarden Euro einen Rekord. Doch Pistorius fordert bereits viel mehr. Da gibt es keinerlei Haltelinie.

Rüstung ist ein maßloser Moloch. Er spült Riesengewinne in die Kassen der Aktionäre der Rüstungsschmieden. Und was für uns steigende Ausgaben für Nahrungsmittel sind, sind für wenige Großkonzerne enorme Krisengewinne. Die Aktionäre der DAX-Unternehmen können sich daher auf 53,8 Milliarden Euro freuen.

Doch die absurde Schuldenbremse wird heilig gesprochen. Ist sie doch der Hebel, um uns den Sozialabbau als „leider notwendig“ zu verkaufen

Wir, die Beschäftigten, Rentnerinnen und Rentner, die Erwerbslosen, Studierenden und SchülerInnen tragen die Kosten, weitere Preissteigerungen für Nahrungsmittel, Energie und steigende Mieten. Geringverdiener und Armutsrentner geraten in Existenznot. Die Verarmung ist die heftigste seit Beginn der Bundesrepublik.



## Der Weg ins Abseits ist aufzuhalten!

Die Sanktionspolitik sollte als Wirtschaftskrieg Russland bezwingen. Das ist

aber nicht eingetreten. Dafür hat diese Politik zur enormen Inflation geführt, hat die Einfuhr des billigen russischen Erdgases beendet und die Konkurrenzfähigkeit des bisherigen Exportweltmeisters schwer eingeschränkt.

Deutschland gilt nun als kranker Mann Europas. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist eingebrochen, Pleiten und Entlassungen nehmen zu, Arbeitsbedingungen geraten unter Druck. Immer mehr Unternehmen steigen aus Tarifverträgen aus. Nehmen Beschäftigte und ihre Gewerkschaften ihr Recht auf Streik wahr, wird nach der Einschränkung des Streikrechts gerufen. Mit dem Argument der „deutschen Staatsräson“ wird Kritik an der Regierungspolitik diskriminiert, werden demokratische Rechte eingeschränkt. Der Militarismus war schon immer der Gegner der Demokratie und der Gewerkschaftsbewegung.

Ein gefährliches Gebräu von Sozialabbau, Militarisierung und Demokratieabbau wird produziert.

Die existenzbedrohende Klimakatastrophe wird in der Praxis weitgehend ausgeblendet und die unzureichenden Maßnahmen dann noch auf uns abgewälzt.

Es braucht den entschlossenen Widerstand der lohnabhängig Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften. Es braucht Bündnisse der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften mit den sozialen Bewegungen und vor allem der Friedensbewegung. Es braucht das aktive Eintreten für Heizung, Brot und Frieden! ★

## 2,2 Billionen Dollar

soviel wurde weltweit 2023 für Rüstung ausgegeben.

Die USA haben mit 905,5 Milliarden den weltweit mit Abstand größten Anteil an der Aufrüstung. Das ist mehr als die folgenden 15 Länder zusammen.

China liegt mit 219,5 Milliarden US-Dollar auf Platz 2.

Russland belegt mit Militärausgaben in Höhe von 108,5 Milliarden US-Dollar den dritten Platz.

Deutschland liegt in diesem Jahr mit fast 90 Milliarden Euro wenig darunter.

Die NATO gibt 14mal soviel aus wie Russland.

Möge sich anhand dieser Zahlen jeder selbst ausrechnen, wie wahrscheinlich es ist, das uns „der Russe“ bald angreift.

## Bei uns bald 125 oder 150 Milliarden?

Die 100 Milliarden Sonderschulden sind spätestens ab 2028 ausgegeben. Die zusätzlichen 30 bis 35 Milliarden für die Bundeswehr müssen dann jedes Jahr bei den Sozialausgaben gekürzt werden.

Pistorius will sogar 3 oder 3,5 Prozent des gesellschaftlichen Reichtums (BIP). Das wären dann 125 bis 150 Milliarden für die Bundeswehr.



Widerstand ist wählbar. Die DKP wird (leider) die einzige Partei sein, die den Kampf um Frieden, für Abrüstung, gegen den Abbau demokratischer Rechte und für internationale Solidarität in den Mittelpunkt stellt.

**DKP** Minden  
**dkp-minden.de**

Herausgeber: DKP Minden,  
V.i.S.d.P.: G. von der Ahe, Brahmweg 11, 32427 Minden